

Verschwiegener Bürgerkrieg in Europa
Die 9. Konferenz der European Group for the Study of
Deviance and Social Control im kolonisierten Irland –
Derry (Londonderry) September 1981

Dietlinde Gipser / Sabine Klein-Schonnefeld / Klaus Naffin /
Heiner Zillmer

„Jede Besichtigung von Londonderry hat mit einem Spaziergang auf der Stadtmauer zu beginnen“ (Northern Ireland Tourist Board). 1614 gebaut, die einzig erhaltene Stadtmauer der „Britischen“ Inseln, durch keine Belagerung zerstört, gab der Stadt das Attribut „the maiden city“. Auf den Zinnen des Westtores sehen wir die erste Kamera, ferngesteuert, rundum beweglich, das Kabel verschwindet im brüchigen Mauerwerk. Die Mauer hat sieben Torbögen. Am Fuße des Burgberges, von der Mauer gut einsehbar, das katholische Viertel Bogside – „no-go-area“. Der Ort des Widerstandes. Nur in gepanzerten Fahrzeugen patrouillieren Armee und Polizei. Angrenzend an das Viertel der Friedhof, dem Wohnviertel an Fläche gleich. Nicht nur die Gräber der gestorbenen Hungerstreikenden haben Besuch, Familien auch an den Gräbern von Kindern, Männern und Frauen, Soldaten des Widerstandes. Der protestantische Friedhof liegt auf der anderen Seite des Flusses, nahe der Kaserne der britischen Armee. Er ist ebenso groß.

Krieg, Bürgerkrieg – was ist das? Es gibt Wörter, Begrifflichkeiten, die Kriege beschreiben, analysieren. Es gibt keine Erfahrung mit Krieg für uns. Mit Situationen, in denen man denkt: so oder so ähnlich könnte es sein, wenn Krieg ist. Gepanzerte Fahrzeuge, abgesperrte Straßen, Kriegsmaschinerie plant Land und Leben. Man kennt auch kriegerische Situationen vom Ansehen. Als betroffener Betrachter übermittelter Bilder, als (Durch-)Reisender, als vorübergehender Verweiler. So hat auch das, was mit einem passiert, wenn man durch die katholischen Gettos geht, etwas „tour-istisches“. Es ist zuviel, was man sieht, hört, riecht. Es ist noch mehr zuviel, wie dieses Zuviel, was Krieg heißt, normal grau alltäglich geworden ist. Zuviel, wie sich Leben unter Schnellfeuergewehren abspielt. Wie Kinder dort und mit der Situation „spielen“, wie man so einkaufen muß, wie man so aus der Haustür treten muß. Und dieses Zuviel können wir eigentlich auch nicht beschreiben. Es fehlen Worte dafür.

Der betonierte Wachturm an der Straßenecke ist mit einem Käfig von Maschendraht umgeben. Gegen Steinwürfe. Aus der Schießscharte ragt der Lauf eines Gewehres. Das Bel-faster Geschäftszentrum ist mit hohen Zähnen abgeriegelt. Man kommt nur tagsüber hinein, nach einer genauen Kon-trolle durch britische Soldaten. Auch vor den Kaufhäusern stehen Soldaten, jung, nervös, angespannt, Finger am Ge-wehrabzug. Wir gehen auf dem Bürgersteig. Uns entgegen kommt eine Fußpatrouille. Drei Soldaten auf unserer, drei auf der anderen Straßenseite. Das Gewehr schußbereit an der Hüfte. Die beiden letzten gehen rückwärts. Die Gruppe von Mädchen in Schuluniform vor uns schwatzt ausgelassen weiter. Ich weiche dem breiten Rücken des rückwärtsgehen-den Soldaten aus. Er trägt eine schußsichere Weste unter dem Tarnanzug. Er ist jung, vielleicht 19. Ich wage es doch, mich umzudrehen. Er ist 30 Schritt weiter und geht wieder vorwärts. Aber sein Kumpel auf der anderen Straßenseite ist stehengeblieben. Er hebt sein Gewehr an die Schulter, zielt. Zielt auf mich. Ich weiche hinter einen Laternenpfahl. Er läßt das Gewehr sinken, geht weiter. Ich drehe mich um, hinter mir steht K., den Fotoapparat noch vor dem Auge. Ihn wird der Soldat gemeint haben. Er hat die Drohung gar nicht bemerkt.

„Sprich ein bißchen lauter, ich verstehe nichts.“ Wir sitzen abends in einer Wohnung in Belfast. „Es ist der Hubschrau-ber“. Vom Garten sehen wir ihn: unbeweglich hängt er an einem Ort und beleuchtet mit einem Flutlichtkegel die an-grenzenden Straßenzüge. Als der Lichtkegel sich auf uns zubewegt, gehen wir ins Haus. Vor dem Haus steht unser Auto. Aus der angrenzenden Hauptstraße hatten wir es herholen müssen. Wir hatten das kleine Schild übersehen: „Control Zone“. Autos ohne Insassen werden umgehend abgeschleppt und gesprengt. Es könnte eine Bombe drin versteckt sein.

In West-Belfast wohnen Republikaner (Katholiken) und Royalisten (Protestanten), beide gleichermaßen sozial unter-privilegiert, in den gleichen ärmlichen Häusern, getrennt je-doch durch die peace-line, die Friedenslinie, aus Mauerwerk und hohen Wellblechwänden. Zum Wohngebiet der Repu-blikaner gibt es nur noch eine Zufahrt, die mit 40 cm hohen Bodenwellen versehen ist, so daß Busse oder LKWs, wenn überhaupt, nur ganz langsam durchfahren können. Schran-ken können schnell geschlossen werden.

Die britische Besatzung hat uns alle bei unserem Rundgang in kleinen Gruppen durch das katholische Viertel unter voller Kontrolle: die ständigen 6-Mann-Fuß-Patrouillen, die um die Ecken schleichen, bis an die Zähne bewaffnet, Ge-wehr im Anschlag, Plastikgeschoß-Gewehre umgehängt,

kugelsichere Westen; die gepanzerten Militärfahrzeuge, aus deren Schlitzen Gewehrläufe ragen; die Beobachtungstürme mit auf uns gerichteten Gewehrläufen; die Videokameras überall; sicherlich auch die Abhöranlagen im Sinn-Fein-Büro, in dem wir viele Informationen erhielten.

Die alten kleinen Wohnhäuser in West-Belfast, die von den Bewohnern gepflegt werden, gehören der Stadt, die sie willentlich verfallen und gezielt zerstören läßt, sobald sie frei (gemacht) werden. Abgerissene, abgebrannte Häuser zwischen den Zeilen. Anstelle der traditionellen Siedlungen, in denen Bewohner seit langem leben, werden dann gut kontrollierbare Neubauviertel, ohne Hinterhof, ohne Garten, ohne schmale Wege hingesetzt, Wohnkomplexe wie die Divis Flats, die wir in Augenschein nehmen konnten. Ein 7-Stockwerke-hoher, halbkreisförmiger Gebäudekomplex, in dem 8000 Familien auf engstem Raum zusammengepfercht sind. Es gibt für diesen Bau vor allem einen Grund: er läßt sich militärisch bestens überwachen. Vom Militärwachtturm auf der Mitte des Komplexes mit Hubschrauberlandeplatz aus ist in alle Wohnungen und Eingänge Einblick möglich. Wer hier wohnt, bekommt schon aufgrund seiner Adresse keine Arbeit. Ein weiterer Grund ist die Zerstörung von gewachsener Sozialstruktur mittels „sozialer“ Wohnungsbaupolitik. Der Konsum von Tranquilizern und Schlafmitteln – ohnehin unter der ständigen Bedrohung erschreckend hoch – wächst sowie die auch Getto-interne Kriminalität. Durch die räumliche Enge entzünden sich ständig Konflikte unter den Bewohnern. Die Bewohner haben bemerkt, daß sie sich hier auch gegenseitig zerstören. Die Konsequenz: eine Bewohnerinitiative schlägt jede freiwerdende Wohnung unbewohnbar, um den Abriß des Komplexes zu erzwingen.

Riesige naive Flächenmalerei auf den Häuserwänden der Falls Road, die den Befreiungskampf und den Hungerstreik zum Thema haben, werden von britischen Soldaten mit Tintenbeuteln beworfen und anschließend regelmäßig von den Bewohnern restauriert. Kinder, aufgeweckt und freundlich, bewerfen Militärfahrzeuge mit Steinen, der Lärm läßt uns zusammenzucken. Nachdem sie wissen, wir sind keine „brits“, sollen wir sie fotografieren. Wir sollen wiederkommen. Diese Kinder gehen mit freundlicher Offenheit auf Fremde zu. Diese Offenheit steht nicht nur in krassem Widerspruch zu ihrer uns unerträglich erscheinenden Umwelt, sondern weckt neben der erleichterten Feststellung, daß diese Kinder trotzdem leben und lachen, auch betroffene Erinnerung an Berichte über Tourismus-gewöhnte Neger und Indianer-Kinder. Diese offene Freundlichkeit verdeckt Not ebenso, wie sie Kampf gegen Not ist.

Vor dem Royal Victoria Hospital, in das alle Kampfverletz-

ten eingeliefert werden, ein Gespräch mit einer Krankenschwester und einem Krankenpfleger, die empört die britische Armeepresenz im Krankenhaus anprangern. Schwer verletzte werden zuerst durch das Militär kontrolliert, bevor sie ärztlich versorgt werden. Krankenhaus als Gefängniszelle. Manchmal gelingt es leichter Verletzten Zettel zuzustecken, mit der Aufforderung, schleunigst zu verschwinden, wenn sie nicht verhaftet werden wollen. Aus den Krankenhausfenstern beobachten uns britische Soldaten. Besucher sind unerwünscht.

Die junge Frau von der Sinn Fein, die uns herumführt und vieles erklärt, selbstbewußt und offen, hat ihren Freund und ihren Bruder im Maze-Gefängnis. „Brits out“ wäre für sie ein Schritt zur Lösung des Irlandproblems, denn: gerade die Armen, Protestanten und Katholiken, leiden gleichermaßen. Hier sieht sie Ansatzpunkte.

In Nordirland gibt es keinen Religionskrieg. Was sich in unseren Medien als Religionskrieg darstellt („Im nordirischen Religionskrieg freilich tragen auch die Soldaten der Königin nicht ständig die Haager Landkriegsordnung unterm Arm. Von Plastikgeschossen getötete Kinder, rabiate Treibjagden auf Sympathisanten“ Der Spiegel Nr. 40/1981, S. 161). wird von den Kolonialherren seit langem produziert:

„Wolf Tone, der Führer der ‘United Irishmen’ war Protestant wie auch viele seiner Mitkämpfer. Sie waren presbyterianische Handwerker und Händler, die sich gegen die Politik der Landbesitzer und der Briten wehrten, welche die eigene industrielle Entwicklung Irlands aufhalten wollten. Die Briten entschieden sich, religiöse Unterschiede zu benutzen, um die Bewegung zu spalten und zu zerschlagen. Der britische General Know sagte: ‘Ich habe dafür gesorgt, daß die Feindseligkeiten zwischen den Orangemen und den United Irishmen anwachsen. Von dieser Feindschaft hängt für uns die Sicherheit der wichtigen Grafschaften im Norden ab.’“ (Giebel 1981, S. 14).

Diese Tradition wird fortgesetzt: Am Freitag, dem 18.9.1981, wurde für die Abendnachrichten der BBC auf dem Dubliner Flughafen ein Mister Littlejohn interviewt. Mr. Littlejohn war gerade aus irischer Haft entlassen und befand sich auf dem Weg nach England. Mr. Littlejohn berichtete über seinen Inhaftierungsgrund, daß er im Auftrag des britischen Geheimdienstes als agent provocateur in Nordirland tätig gewesen sei. Er habe dort nicht versucht, nordirische Organisationen zu infiltrieren, sondern auf sich allein gestellt, z. B. Banküberfälle begangen, um Ängste und Unsicherheitsgefühle zu schüren und gegebenenfalls Einsätze der Armee zu rechtfertigen. Daß solche Informationen nicht einmal den kurzen Weg über den Kanal zum Festland-Europa erreichen, ist Verdienst der hervorragenden public-relations-Arbeit der Engländer:

„Die Armee hat mehr als 40 Presseoffiziere in Ulster, die wiederum über 100 Leute unter sich haben. Die RUC (Royal Ulster Constabulary, nordirische Polizei, über 95 % der Beschäftigten sind Protestanten, Anm. d. Verf.) hat 12 Presseoffiziere eingesetzt und die Regierung beschäftigt weitere 20 Leute, die ausschließlich damit beschäftigt sind, der Presse Material zu liefern“ (Stephen, zit. n. Giebel 1981, S. 8).

Die ausländischen Journalisten erhalten das Material, sitzen – falls sie überhaupt London verlassen und Informationen vor Ort suchen – im vom Militär bewachten Europa-Hotel in Belfast, neben der Oper, nahe der Grenze zum republikanischen Viertel und telefonieren ihre Berichte ins Heimatland, während sie durch Sicherheitsglasfenster Belfast betrachten. Interessiertere Journalisten laufen Gefahr, verhaftet zu werden (s. Giebel 1981, S. 6ff).

Die European Group hat sich niemals verstanden als rein akademischer Zirkel der Kriminologie. In Abgrenzung zu einer herrschenden, sich neutral gebärdenden Kriminologie, die Forschung primär im Auftrag und zum zumindest ideologischen Nutzen der Instanzen sozialer Kontrollen betrieb und weiterhin betreibt, ist sie als kritische und das heißt letztlich bewußt und selbstbewußt politische Alternative gegründet worden. In diesem Sinne sind auch die Themen für die jährlichen Konferenzen unter wissenschaftspolitischen und kontrollpolitischen Relevanzkriterien ausgewählt worden. Das bedeutet, daß die European Group sich bemüht, im Kontext einer Annäherung von kritischer Theorie und entsprechender Praxis ihre Arbeit und ihre Konferenzen zu organisieren, anknüpfend z. B. an Gefangenenbewegungen, an Politiken sozialer Kontrolle und den Widerstand dagegen. Soweit sich dies anbietet, ist in diese Überlegungen auch die Wahl des Konferenzortes einbezogen worden. So war es z. B. kein Zufall, nach der Demokratisierung Spaniens Barcelona als Versammlungsort zu wählen. Nach übereinstimmender Meinung aller Teilnehmer an der Konferenz in Derry 1981 ist die European Group ihrem Ziel, nicht nur theoretische Einsichten zu befördern und zu verbreiten, sondern a) auch an nationale politische Praxis anzuknüpfen, b) praktische Erfahrungen selbst zu sammeln, noch nie so nah gekommen wie mit ihrer Konferenz zur inneren Sicherheit in Nordirland. Nicht allein, daß die englischen Militärs in beängstigender Offenheit ein allumfassendes System von Bevölkerungskontrolle präsentieren; beeindruckend war ebenso die konkrete Erfahrung, welch ein technischer, administrativer, kriminalistischer und damit im Endeffekt wissenschaftlicher Aufwand hinter einem derartig aggressiven Ausbau der inneren „Sicherheit“ steht, ohne daß die Folge davon wenigstens wäre, daß es auch eine entsprechende öffentliche Diskussion darüber gibt. Die Heimlichkeit, die Verborgenheit und die Verbergbarkeit solcher Entwick-

lungen war in diesem Ausmaß nicht prognostiziert worden, obgleich gerade dieser Aspekt u. a. an die Vorjahres-Konferenz zum Themenbereich staatlicher Kontrolle wissenschaftlichen Wissens im Bereich der Kriminologie anknüpfte (vgl. Working Papers No. 2).

An der 9. Konferenz der European Group in Derry haben 63 europäische Kriminologen aus 14 Ländern teilgenommen. Bei der Zusammensetzung fiel auf, daß die BRD und insbesondere England – gemessen an den jeweiligen nationalen Beteiligungen während der vorangegangenen Konferenzen – unterrepräsentiert waren. Dagegen waren Länder, die zwar den weitesten und teuersten Anreiseweg aufwiesen, die aber selbst über nationale historische Erfahrungen mit bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen verfügen, wie z. B. Italien und Spanien – ebenfalls gemessen an ihrer sonstigen Beteiligung – überdurchschnittlich stark vertreten waren.

Neben nationalen Überblicksberichten zum Generalthema der Konferenz: „Issues of Internal Security“ aus Spanien, Italien, England, Holland und Deutschland standen u. a. Polizeistategien im Vordergrund der Erörterung. Für die Bundesrepublik gilt dies z. B. für Vorträge über die Polizeistategien bezüglich der Hausbesetzungen, sowie über das Vorgehen der Polizei bei den Nürnberger Verhaftungen und die Kooperationsbereitschaft der Justiz in diesem Zusammenhang. Von besonderem Interesse war hier auch ein Forschungsbericht von Manfred Brusten über die Einstellung von Polizeibeamten im Zusammenhang mit dem Thema innere Sicherheit. Alle zentralen Beiträge wird die European Group in den von ihr herausgegebenen Working Papers in European Criminology No. 3 publizieren, die zur nächsten Konferenz im September 1982 erscheinen werden, die aller Wahrscheinlichkeit nach in Bologna/Italien stattfinden wird.

Einen weiteren Schwerpunkt der Konferenz bildete die Auseinandersetzung darüber, wie die von Maßnahmen der inneren Sicherheit unmittelbar wie mittelbar Betroffenen mit diesen Situationen umgehen. Z. B. hielten Niels Christie, Oystein Daland und Thomas Mathiesen einen Vortrag über den Protest und den Widerstand der Samen gegen den Bau des geplanten Alta-Staudammes: „Der Staat gegen die Rentiere“. Dieser Stausee wird als schwerwiegender Eingriff in das intakte Ökosystem den Samen ihre Rentiere und damit ihre Lebensgrundlage entziehen. Die mitbeteiligten Wissenschaftler haben nicht nur den Protest vor Gericht unterstützt, sondern waren auch selbst an den Widerstandaktionen beteiligt: bei 30 Grad Minus aneinandergekettet wurde versucht, Baufahrzeugen den Weg zu versperren. Die Verhaftung erfolgte. In dem ausführlichen Bericht zeich-

neten sie ein anschauliches Bild von dem Kampf einer Minderheit um den Erhalt ihrer kulturellen Identität und Lebensgrundlage. Nils Christie hat in seinem Plädoyer vor Gericht den Konflikt auf die Frage zugespitzt, die norwegische Regierung müsse sich fragen, ob sie wolle, daß eine zu ihrem Staatsgebiet gehörende Minderheit vernichtet werde.

Wie jedoch der eingangs dieses Beitrags vermittelte Eindruck bereits wiedergibt, stand im Mittelpunkt dieser Konferenz die nordirische Situation selbst – schon deshalb, weil sie allgegenwärtig war. Teilnehmer, die nicht über die Republik Irland nach Nordirland reisten, sondern von England oder Schottland direkt übersetzten, also sich – der offiziellen Sprechweise folgend – von einem Landesteil in einen anderen desselben Landes begaben, wurden bereits auf englischem Boden mit Kontrollen konfrontiert, wie wir sie hierzulande ausschließlich kennenlernen können, wenn wir in Kontrollen aktueller „Terroristenfahndung“ geraten. Dagegen ist die Grenze zwischen der Republik Irland und Nordirland weitgehend offen, eine „grüne“ Grenze. Nicht nur die materiellen Lebensbedingungen der Iren spiegeln den Krieg wider, sondern auch die sehr spezifische rechtliche Situation, die gekennzeichnet ist durch Sondergesetze, Sonderbehandlung bestimmter Bevölkerungsteile, die nicht kollaborationswillig sind und in Folge von Ausgrenzungspolitiken und Marginalisierung nicht kollaborationsfähig sind, durch eine unter rechtsstaatlichen Gesichtspunkten unfäßbare Ausuferung von Gewaltbefugnissen zur Arrestierung und Inhaftierung von Menschen ohne Gerichtsverfahren, durch die Einrichtung von Sondergerichten, durch die Differenz in der Strafzumessung für ein und dasselbe Delikt bei unterschiedlicher politischer Einschätzung des Beschuldigten (diese Differenz reicht von einer Strafe: 9 Monate zur Bewährung ausgesetzt bis zu 20 Jahren Haft), durch die Einrichtung von Sonder-Strafanstalten, durch die Außerkraftsetzung des Bewährungsrechts für ganze Bevölkerungsteile – und das alles unter der Ideologie: Kriminelle sind Kriminelle sind Kriminelle . . . (vgl. insbes. zur rechtlichen Situation in Nordirland, d. h. zur Außerkraftsetzung rechtsstaatlicher Prinzipien: Boyle u. a. 1980).

Einer kurzen Darstellung der Entwicklung der Gefangenensituation in Nordirland wollen wir einige Informationen vorausschicken: Der realen Bürgerkriegssituation Rechnung tragend verfügten die Gefangenen von 1972–1976 faktisch über einen „politischen Status“, d. h. sie lebten im Gefängnis unter Bedingungen, die sie nun fordern und für die sie bis zum Oktober 1981 im Hungerstreik waren. Seit 1976 werden diese – nicht nur wegen ihrer Motivationen und

der Art der Delikte, sondern insbesondere wegen der Sonderbehandlung und der Gesinnungsjustiz, unter die die britische Regierung sie unterwirft — als politisch zu kennzeichnende Gefangenen kriminalisiert. Diese Kriminalisierung politisch marginalisierter Gruppen, die in ganz Europa zu beobachten ist, findet ihre Begründung offenbar nicht nur in der politisch-ökonomisch verschärften Situation in Nordirland selbst. Der Zeitpunkt der Abschaffung des politischen Status legt vielmehr den Verdacht nahe, daß es hierfür auch völkerrechtliche Absicherungsnotwendigkeiten gegeben haben kann: Im Jahre 1977 hat das Vereinigte Königreich zusammen mit den meisten Nationen dieser Welt zwei Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention unterzeichnet. Hierbei handelt es sich um Ergänzungen zum Abkommen über die Behandlungen von Kriegsgefangenen, die erstmals unter der beratenden Mitwirkung von Befreiungsbewegungen dem Umstand Rechnung tragen, daß sich in neuzeitlichen kriegesischen Auseinandersetzungen nicht mehr ausschließlich Armeen souveräner Staaten gegenüberstehen, sondern zunehmend externe oder interne Befreiungsbewegungen. Unter der Formel des „fairen Krieges“ soll mit diesen Protokollen diesen Bewegungen humanitäre und menschenwürdige Behandlung auf völkerrechtlicher Ebene garantiert werden. Zumindest unter das 2. Protokoll, das den rechtlichen Schutz interner Kombattanten, die nicht den Status von Befreiungsbewegungen haben, regelt, wären danach die Nordiren zu subsumieren — wären sie nicht im Stadium der Genfer Schlußverhandlungen zu diesen Protokollen zu Kriminellen erklärt worden.

Die illegitime, menschenunwürdige Behandlung von Gefangenen hat Tradition: Im August 1971 wird die Internierung (wieder) eingeführt. Noch im gleichen Jahr wurden über 1500 Personen festgenommen und ins Internierungslager Long Kesh gebracht. Das Internierungsgesetz erlaubte es, jeden „Terroristen“ ohne formelle Anklage, ohne Gerichtsverfahren und ohne juristischen Beistand auf unbestimmte Zeit im Lager zu halten. Wer „Terrorist“ war, bestimmten das britische Militär und die nordirische Polizei. Als 1975 in einem Geheimabkommen zwischen IRA und der britischen Regierung ein Waffenstillstand vereinbart worden war, wurde die Internierungspraxis aufgegeben. Allerdings ermöglichten die Bestimmungen des Emergency Provisions Act von 1973 eine Inhaftierungspraxis, die faktisch einer Fortführung der Internierungspraxis gleichkommt. Die Zahl in nordirischen Gefängnissen gehaltener Gefangener (Durchschnittszahl täglicher Belegung) stieg von ca. 600 im Jahre 1969 auf 2650 im Jahre 1974, eine Anzahl, die sich bis heute gehalten hat. Bei einer Bevölkerung von 1,5 Millionen ergibt sich eine Strafgefangenenquote, die um ein Mehrfaches die Belegungszahlen anderer europäischer Länder über-

steigt. Das berüchtigste Gefängnis liegt in Long Kesh bei Belfast, es heißt Maze Gefängnis, populär: H-Blocks, benannt nach der H-förmigen Bauweise einzelner Trakte. Dort sind jetzt ca. 500 Gefangene. Seit 1976 führen die politischen Gefangenen einen harten Kampf zur Wiedererlangung des politischen Status. Die Weigerung politischer Gefangener — nach der Kriminalisierung 1976 — Gefängniskleidung zu tragen, wurde mit dem Verbot privater, der Wegnahme von Kleidung überhaupt beantwortet. Den Gefangenen blieb die Decke als Bekleidung. Als den Gefangenen auch noch verboten wurde, den nackten Körper auf dem Flurweg zum Klo mit einer Decke zu schützen, weigerten sich diese, die Toiletten zu benutzen. Die Zellen selbst verfügen nicht über Toiletten und fließendes Wasser. Es folgte der „dirty protest“ (nicht waschen, Exkrementen an die Wand verteilen, als Folge der Weigerung, die Zellen nackt zu verlassen):

„... in the H Blocks there commenced a period of intense harassment by screws who withdrew toilet and washing facilities in an attempt to break our resistance by forcing us to live in the squalor or our own dirt. It developed as follows: If we went to the toilet we were assaulted so we stayed in our own cells. When our chamber pots were full we were refused slop out buckets and it was in this way that our cells first became dirty. When we smashed the windows and threw the contents of our chamber pots out of the windows we were hosed down and the windows were all eventually boarded up. It was only after we had experienced all these harassments that we deliberately decided to turn their punishments against them by making it into our own protest.

Like all attempts to break our will their punishments failed and out of that confrontation the no wash/no slop out protest emerged“ (H-Block Armagh Bulletin No. 4, 5. März, S. 1).

Der mit einer Decke bekleidete nackte Gefangene, der „blanket man“ ist zum Symbol für den irischen Befreiungskampf geworden.

Den Teilnehmern der Konferenz wurde durch ehemalige Gefängnisinsassen — selbst Vertretern der internationalen Menschenrechtskommission wurde es bisher verwehrt, Gefangene selbst zu sprechen — überzeugend dargelegt, daß es im Maze-Gefängnis nicht nur zu spontanen Übergriffen des Gefängnispersonals auf Gefangene kommt, sondern daß dort regelmäßig geschlagen wird, so daß von Folter gesprochen werden muß. Es gab keine Anhaltspunkte dafür, diese Aussagen zu bezweifeln.

Die britische Regierung hat sich auf keinerlei Zugeständnisse eingelassen. Daraufhin setzten die Gefangenen ihr eigenes Leben im Hungerstreik ein, ein Mittel des Protests, das in der Geschichte des irischen Befreiungskampfes eine lange Tradition hat. Auf unserem Wege durch irische Dörfer und Städte sahen wir die schwarzumrandeten Trauerplakate mit

den Bildern der im Hungerstreik gestorbenen Gefangenen. Auch nicht der zehnte Tote hat die britische Regierung auf die Forderungen der Gefangenen eingehen lassen. Bewegt aber hat sich die Bevölkerung Irlands im sog. Ulster wie in der ganzen Republik: Hungerstreik und die Forderungen der Gefangenen hatten breite Popularität, was wir selbst sehen konnten an den Wandparolen, den Trauerplakaten und den schwarzen Fahnen bis tief in den Süden der Republik hinein.

Resolution der European Group

Die European Group for the Study of Deviance and Social Control hat auf ihrer 9. Konferenz in Derry, Nordirland, die folgende Resolution verabschiedet. Die Konferenzteilnehmer haben zuvor mit vielen nordirischen Gruppen gesprochen und viele Gebiete Nordirlands, insbesondere die Gettos von Belfast und Derry besucht, so daß sie nun ein umfassenderes Verständnis des Kriegszustandes haben, der in dieser Gegend Europas herrscht. Die Gruppe besteht aus mehr als 200 Kriminologen aus 14 europäischen Ländern und hat sich seit ihrem Bestehen für die Rechte von Gefangenen eingesetzt. Insbesondere betont sie das unverbrüchliche Recht aller Gefangenen, ihre politische Identität zu wahren.

Die Gruppe verurteilt den Einsatz von Militär durch die britische Regierung in Nordirland, die Einrichtung von Sondergerichten, die ausufernden Gewaltbefugnisse, Menschen festzuhalten und zu inhaftieren, die strafenden und degradierenden Haftbedingungen – alles Maßnahmen, mit denen die britische Regierung versucht, die Probleme zu lösen, unter denen das irische Volk zu leiden hat. Diese Situation ist verschärft worden durch die Weigerung der britischen Regierung, über das Problem des politischen Status von Gefangenen in der Art und Weise zu verhandeln, daß den fünf Forderungen der Gefangenen stattgegeben wird. Diese lauten:

- das Recht, keine Strafgefangenen-Kleidung zu tragen,
- das Recht, keine Strafgefangenen-Arbeit auszuführen,
- das Recht, sich in Gruppen im Gefängnis zusammenzuschließen,
- das Recht auf wöchentliche Besuche im Gefängnis, Pakete und Briefe zu erhalten und Freizeitaktivitäten entfalten zu können,
- die Wiederherstellung der Möglichkeit, Haftstrafen zur Bewährung auszusetzen bzw. diese unter Bewährungsauflagen zu verkürzen.

Wir fordern die britische Administration auf, ihre brutale Politik der Notverordnungen und Sonderbestimmungen für Teile der Bevölkerung Nordirlands zu beenden. Wir fordern ebenso alle europäischen Regierungen auf, dahingehend Druck auf die britische Regierung auszuüben, daß diesen

fünf Forderungen der Gefangenen stattgegeben wird in Beachtung des unverbrüchlichen Rechts der Gefangenen, menschenwürdig behandelt zu werden.“

Anfang Oktober 1981 ist der Hungerstreik, der neben anderen Kampagnen der Durchsetzung dieser Forderungen diente, abgebrochen worden. Der Druck, der durch Vertreter der katholischen Kirche auf die Familien der Hungerstreikenden ausgeübt wurde, war offenbar zu groß geworden. Nach dem Abbruch des Hungerstreiks ist den Gefangenen zugestanden worden, private Kleidung zu tragen, in begrenztem Umfang sind Besuche von Angehörigen zugelassen, auch Post darf wieder empfangen werden. Nicht beseitigt worden ist dadurch die Kriminalisierung der Gefangenen, deren menschenunwürdige Unterbringung in kleinen Zellen, die Übergriffe des Wachpersonals, die Nils Christie als Folter bezeichnete. Weiterhin gibt es Sondergesetze, Sondergerichte – der Krieg dauert an. – Bernadette Devlin äußerte sich in einem Interview mit Radio Bremen, das im September in Nordirland aufgezeichnet wurde, besorgt über den Einfluß bundesdeutscher Regierungsmitglieder auf die britische Regierung, der auf eine konsequente Verweigerung des politischen Status gegenüber den Gefangenen zielt.

Literatur

BOYLE, Kevin / Tom HADDEN / Paddy HILLYARD, Ten Years on in Northern Ireland. The Legal Control of Political Violence, Nottingham: The Cobden Trust 1980

FARREL, Michael, Northern Ireland: The Orange State, London: Pluto Press 1980

GIEBEL, Wieland, Das kurze Leben des Brian Stewart. Alltag im Irischen Bürgerkrieg, West-Berlin 1981

IRISCHE FRAUEN-INTERVIEWS, Frankfurt am Main 1976

McCANN, Eamonn, War and our Irish Town, London: Pluto Press 1980

URIS, Jill and Leon: Ireland. A terrible beauty, Great Britain: Corgi Books 1979

WORKING PAPERS IN EUROPEAN CRIMINOLOGY No. 2, State Control on Information in the Field of Deviance and Social Control, European Group for the Study of Deviance and Social Control 1981 – zu beziehen über die Geschäftsführung: S. Klein-Schonnefeld, Herderstr. 36, D-2800 Bremen 1 oder das deutsche Mitglied des Steering Committee: D. Gipsier, Hinterm Horn 48, D-2050 Hamburg 80

November 1981

Herderstr. 36, 2800 Bremen